



„Wie ein schwarzes Loch in Europa“

Florian Bieber leitet das Zentrum für Südosteuropastudien an der Karl-Franzens-Universität Graz. Ein Gespräch über die EU-Beitrittsperspektiven der Westbalkanländer, den Einfluss von Russland, China und der Türkei und die Rolle Österreichs.

Herr Prof. Bieber, warum sollte man dem Westbalkan gerade jetzt Aufmerksamkeit schenken?

Im letzten Jahr waren am Westbalkan zwei Entwicklungen zu beobachten: Einerseits hat der Einfluss von Nicht-EU-Staaten wie Russland, Türkei und China in der Region zugenommen. Innerhalb der Europäischen Union ist dadurch der Eindruck entstanden, dass, wenn sich die EU nicht für den Westbalkan interessiert, es andere Länder tun. Der Einfluss dieser Länder kann für die Westbalkanländer und die Europäische Union destruktiv sein. Andererseits konnten wir in der Region ein Abgleiten zu eher autoritären

Herrschaftsformen bemerken. Das hat ebenfalls damit zu tun, dass die EU der Region in den letzten Jahren nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt hat. Seitens der EU versucht man nun, dem entgegenzusteuern.

Wie aufmerksam ist Österreich?

Österreich ist eines der Länder, das sich seit vielen Jahren am stärksten für einen EU-Beitritt des Westbalkans ausgesprochen hat. Das hat zum Teil mit wirtschaftlichem Interesse zu tun. Österreichische Unternehmen sind sehr stark in der Region engagiert. Zudem haben viele Österreicherinnen und Österreicher Vorfahren aus der Region und es gibt viele kulturelle und persönliche Kontakte zum Westbalkan.

Der EU-Beitritt ist ein großes Thema am Westbalkan. Welche Themen beschäftigen die Region noch?

Ein Thema ist die Frage des Nationalismus und der Endgültigkeit der Grenzen in der Region. In Serbien wird zum Beispiel der Kosovo nach wie vor nicht anerkannt. Auch die Erinnerung an den Krieg ist immer noch kontrovers. Es gibt in den Ländern völlig unterschiedliche Erinnerungskulturen und somit auch keine einheitliche Interpretation der Balkankriege. Das schafft immer wieder Spannungen. Das andere Thema ist die demokratische Krise, die meiner Meinung nach von außen oft vernachlässigt wurde. Nach dem Sturz

TEXT UND FOTO: Markus Röck

86 | 87

der autoritären Systeme am Westbalkan kam es in vielen Ländern zu einer zaghaften Demokratisierung. Der Transformationsprozess ging allerdings nicht so schnell, wie man es sich erhoffte. Oftmals waren die neuen Demokraten korrupt oder es wurde ihnen Korruption vorgeworfen. Auch der EU-Beitritt lässt auf sich warten, während die wirtschaftliche Krise zu Rückschritten in verschiedenen Ländern geführt hat. In Mazedonien herrschte beispielsweise über zehn Jahre lang die autoritäre Regierung von Nikola Gruevski. Derartige Tendenzen können wir auch in Serbien, in Montenegro und in Bosnien beobachten.

Hat sich die Beitrittsperspektive für die Westbalkan-Staaten nun in den letzten Jahren verbessert oder verschlechtert?

Formal gesehen hat sich die Perspektive verbessert. Serbien und Montenegro etwa haben in ihren Beitrittsverhandlungen Fortschritte gemacht. In der Praxis schaut es nicht so gut aus. So wurden die strukturellen Schwierigkeiten, wie die mangelnde Demokratie und Korruption, nicht wirklich bekämpft. Außerdem muss man bedenken, dass für einen zukünftigen EU-Beitritt nicht nur abgeschlossene Beitrittsverhandlungen, sondern auch eine Ratifizierung des Beitrittsabkommens durch die Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten nötig ist. Es gibt aber immer noch einige Mitgliedsstaaten, die sehr skeptisch gegenüber einer Erweiterung sind. Weiters wirkt auch die lange Dauer des Beitrittsprozesses entmutigend – sowohl für die Eliten, als auch für die Bevölkerung.

Welche weiteren Schritte sollte die EU setzen, um die Beitrittsverhandlungen voranzutreiben?

Ich glaube, dass die EU kritischer sein muss und auch der Öffentlichkeit gegenüber klarer sagen sollte, wo die Probleme am Westbalkan liegen. So wie etwa im Fall von Mazedonien vor zwei Jahren: Eine hochrangige Expertenkommission hat sich die Probleme vor Ort angeschaut und in einem einflussreichen Bericht geschrieben, wo die Schwierigkeiten im Land sind und was verändert werden muss. Das war das erste Mal, dass von Seiten der EU eine so klare Sprache gesprochen wurde und das sehe ich viel zu selten. Stattdessen sehe ich zum Beispiel Donald Tusk [Präsident des Europäischen Rates; Anm.], der im Mai in Serbien war und Aleksandar Vučić über alles lobte und als Seelenverwandten bezeichnete. Durch solche Aussagen werden autoritäre Herrschaftsformen ermutigt und nicht kritisiert. Die EU muss viel

deutlicher jene, die sich undemokratisch verhalten, als solche identifizieren. Sonst werden die, die für Demokratie stehen, zu EU-Skeptikern.

Und wie sollte Österreich seine Außenpolitik weiterführen?

Es gibt wenige Regionen in der Welt, wo Österreich mehr Einfluss und ein besseres Image hat, als auf dem Balkan. Aus diesem Grund hat das Land hier sehr viele Möglichkeiten, eine positive Rolle zu spielen. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Dieser war in der Vergangenheit da und ich hoffe, dass es auch weiterhin so bleibt. Die österreichische Außenpolitik ist meiner Meinung nach am besten beraten, die bisherige Unterstützung für einen EU-Beitritt des Westbalkans weiterzuführen. Es ist sehr wichtig, klar zu sagen: EU-Beitritt in den jetzigen Grenzen. Ich glaube, dass das den österreichischen Interessen und auch den Interessen der EU am besten dient.

Zum Abschluss ein Blick in die Zukunft:

Wie wird sich die Situation am Westbalkan in den nächsten zehn Jahren weiterentwickeln?

Wenn es gelingt, den Kreislauf von eher autoritärer Herrschaft und „Pseudo-EU-Annäherung“ zu durchbrechen und es wiederum zu einem Schub von neuer Demokratisierung und ernsthaftem Willen zum Beitritt kommt, kann ich mir vorstellen, dass die Länder durchaus der EU beitreten. Wenn es aber auf dem Status quo verbleibt, sehe ich eine Entwicklung ähnlich wie in der Türkei: Man hat Beitrittsverhandlungen, aber jeder weiß, dass sie nicht zu einem Beitritt führen. Und schließlich kommt es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen. Das wäre, glaube ich, die fatalste Dynamik. Der Westbalkan ist nicht in der Lage, einen alternativen Entwicklungspfad aufzuzeigen. Er ist eine Region, die völlig von der EU umkreist ist – wie ein schwarzes Loch in Europa. Ich glaube, dass das durchaus krisenhaft sein kann, wenn sich verschiedene andere Akteure engagieren. Letztlich hängt es aber von der politischen Großwetterlage – also den Beziehungen zwischen der EU und Russland – ab. Je instabiler diese Beziehung ist, desto negativer wirkt sie sich auf die Regionen aus, die sich nicht eindeutig einem der großen Akteure zuordnen. — FIN

Florian Bieber, Politikologe und Zeithistoriker, ist Professor an der Karl-Franzens-Universität in Graz und leitet dort das Zentrum für Südosteuropa. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf interethnischen Beziehungen, ethnischen Konflikten und Nationalismus mit Fokus auf Südosteuropa.